

Ergebnisdokumentation

Workshop zu „Partizipation ermöglichen – Erfolgsfaktoren für eine verbesserte Inanspruchnahme des BuT-Paketes in NRW“

Ergebnisse eines Workshops
am 29.11.2024 in Dortmund



Quelle: © iStock - Christopher Fletcher

© Prognos 2024

„Partizipation ermöglichen–Erfolgsfaktoren für eine verbesserte Inanspruchnahme des BuT-Paketes in NRW“ – Dokumentation zum Workshop

Der Workshop am 29.11.2024 hatte zum Ziel, gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren aus der Praxis Erfolgsfaktoren zur Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe vor Ort zu diskutieren. Ausgangspunkt war hierbei die Frage, wie die Inanspruchnahme der Bildungs- und Teilhabeleistungen gesteigert werden kann. Studien zeigen, dass Bildungs- und Teilhabeleistungen nur für einen Teil der berechtigten Kinder beantragt bzw. die jeweiligen Leistungsbestandteile nur teilweise in Anspruch genommen werden.

Der Workshop bot dazu den Austausch der Akteurinnen und Akteure und der Ermittlung möglicher Ansätze und guter Beispiele.

Eingeladen wurden Fachkräfte in Behörden und weiteren Organisationen, die Familien bei der Inanspruchnahme des BuT-Paketes unterstützen und/oder die Leistungen bewilligen.

Im Rahmen des Workshops wurden die Gruppendiskussionen zu drei Themenbereichen geführt:

- **Antragstellung und Leistungsabwicklung**
- **Ansprache von Familien**
- **Kooperation und Vernetzung**

Die Beiträge und Aussagen der Teilnehmenden wurden während der Diskussionen auf Metaplanwänden festgehalten. Die nachfolgenden Zusammenfassungen geben die Diskussionsbeiträge der Teilnehmenden wieder,

Die wichtigsten Aussagen im Überblick:

- **Vereinfachung der Antragstellung:** Es besteht ein dringender Bedarf, die Antragstellung für das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) zu vereinfachen. Vorschläge umfassen die Einführung einheitlicher Antragsformate, die Reduzierung von notwendigen Einzelanträgen und die Möglichkeit zur automatischen Weiterbewilligung von Leistungen.
- **Notwendigkeit eines verbesserten Informations- und Unterstützungsangebots:** Familien benötigen eine bessere Unterstützung und Informationen im Zusammenhang mit der Antragstellung. Dies könnte durch zentrale Anlaufstellen für Familien, digitale Zugänge und die Verwendung Leichter Sprache geschehen. Zudem wird vorgeschlagen, den Datenaustausch zwischen den Institutionen zu vereinfachen.
- **Mangelnde Informationen und unklare Zuständigkeiten:** Familien sind häufig nicht ausreichend informiert über die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) und den Antragstellungsprozess. Dies führt zu Schwierigkeiten, da oft nicht klar ist, welche Leistungen verfügbar sind und bei welchen Behörden Anträge gestellt werden müssen.
- **Verbesserung der Ansprache und Unterstützung für Familien:** Es wird die Notwendigkeit betont, die Ansprache von Familien zu verbessern und vorhandene Zugänge über Schulen, Kitas und Multiplikatoren wie Vereine besser zu nutzen. Dabei können Informationen in einfacher Sprache sowie mehrsprachige Informationsmaterialien helfen.

- **Notwendigkeit einer besseren Kooperation und Vernetzung:** Es besteht ein dringender Bedarf, die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ämtern, Jobcentern und weiteren Akteuren wie Schulen und Kitas zu verbessern. Ein zentraler Austausch, sowohl innerhalb der Kommunen als auch interkommunal, könnte durch feste Austauschformate und digitale Plattformen gefördert werden.
- **Herausforderungen beim Datenschutz und Datenaustausch:** Der Datenschutz stellt eine wesentliche Hürde in der Kooperation dar, da aktuell keine Datenweitergabe zwischen den Institutionen, wie beispielsweise der Familienkasse und den Jobcentern, erfolgt.

Ergebnisse der Gruppenarbeit: Antragstellung und Leistungsabwicklung

- Mit Blick auf eine **einheitliche Auslegung und Bearbeitung der Anträge** sehen die Teilnehmenden einen regelmäßigen Austausch zwischen BuT-Stellen und weiteren Akteuren als erforderlich. Dieser sollte auf Kreisebene und interkommunal zwischen den Institutionen stattfinden.
- Eine Anregung ist, **feste Austauschformate** nicht nur für die Akteure auf Kommunalebene, sondern auch durch Land oder Bund zu vermitteln.
- Der **Datenschutz** wird als eine Hürde identifiziert, da dieser den Datenaustausch zwischen verschiedenen Stellen einschränkt. Vorgeschlagen wird daher eine eigene Datenschutz-Gesetzgebung für BuT.
- Speziell aus der **Sicht von Familien** werden verschiedene Hürden bei der Antragstellung identifiziert:
 - Es wird angemerkt, dass die **Antragstellung bei verschiedenen Institutionen** zu kompliziert für Familien sei. Zudem gebe es unterschiedliche Wege der Antragstellung.
 - Ein Nachfassen zu den Anträgen sei für Familien schwierig, auch aufgrund der teils **unklaren Zuständigkeiten**. Zudem wären die zuständigen Sachbearbeitungen zum Teil schwer erreichbar. Hier sei eine Unterstützung für Familien hilfreich.
 - Die **Bearbeitungsdauer von Anträgen** gilt als unangemessen, Familien warten häufig zu lange auf Bewilligungsbescheide (Wohngeld und Kinderzuschlag), die für den BuT-Antrag benötigt werden.
 - **Sprachbarrieren** erschweren vielen Familien den Zugang. Helfen könnte etwa die häufigere Verwendung von bürgernaher und leichter Sprache, auch ein Übersetzungsangebot für öffentliche Webseiten.
- Insgesamt sehen die Teilnehmenden eine **Vereinfachung der Antragstellung** als **erforderlich** an. So wird die Frage gestellt, weshalb Familien mehrere Einzelanträge stellen müssen, wenn sie einmal als berechtigt erfasst sind. Ebenso könnte auf einen erneuten Antrag verzichtet werden, wenn eine Weiterbewilligung der Leistung erfolgt. Auch eine einheitliche Antragstellung – Träger- und Stellenübergreifend – würde eine Vereinfachung bringen.
- Mit Anbietern geschlossene Verträge könnten ausreichend sein, wenn diese aussagekräftig sind und alle erforderlichen Angaben enthalten – eine gesonderte Bescheinigung könnte entfallen.
- **Digitale Zugänge** sowohl für Familien mit Zugriff auf Leistungen und Bildungsressourcen wie auch für Anbieter.
 - Ein digitaler Zugang könnte die **Antragstellung** sowohl für Familien als auch für Ämter vereinfachen. Über eine App könnten Familien schnell und einfach Anträge stellen und die jeweiligen Leistungen abrufen. Ein BuT-Info-Bot könnte Familien im Internet leichter zu den passenden Informationen und Stellen lotsen. Ein digitaler Antrag mit integriertem Übersetzungstool verringert Sprachhürden.
 - Schule, Kita und andere Anbieter könnten etwa durch einen jeweils eigenen Code einen digitalen Zugang erhalten und dort die notwendigen Angaben hinterlegen.
- In der Zusammenarbeit mit Schulen könnten feste **formale Vorgaben** für Verträge auf Mittagsverpflegung, Schreiben für Klassenfahrten etc. die Abläufe erleichtern. Dies erfordert allerdings auch eine Sensibilisierung der Schulen, Lehrkräfte und Schulcaterer. Gerade bei der Mittagsverpflegung kann eine automatische Weiterbewilligung bis zum Ende der Bescheinigung die Anzahl der benötigten Anträge reduzieren.
- Wichtig ist für Familien eine **Hilfestellung bei den Anträgen**. Zum Teil bieten etwa auch Familienzentren offene Sprechstunden zum Thema BuT an. Eine zentrale BuT-Anlaufstelle könnte zudem die Informationen bündeln, und die Austauschnotwendigkeiten zwischen verschiedenen Ämtern und Behörden reduzieren.

- Mit Blick auf **Pauschalen** wird angeregt zu überprüfen, welche Leistungen ggf. auch als Pauschale ausgezahlt werden können. Im Bereich Schülerbeförderung könnte das Ticket bspw. pauschal direkt mit dem Schulbedarf ausgegeben werden, ohne weiteren Nachweis. Auch Ausflüge könnten über eine Pauschale abgedeckt werden. Zudem wird angeregt, die Schulsozialarbeit stärker einzubinden und etwa auch bei der Antragstellung zu unterstützen.
- Eine **landesweite BuT-Karte** könnte insgesamt zu einer Vereinfachung und einer Vereinheitlichung führen. Als Beispiel und Vorbild wird etwa die Abrechnung über die MünsterlandKarte genannt. Allerdings wird auch eingewendet, dass die Erfassung von Mehrbedarf bei einer Kartenlösung schwierig sei.

Ergebnisse der Gruppenarbeit: Ansprache von Familien

- Als besondere Herausforderungen in der Ansprache von Familien wurden vor allem **fehlende Informationen** genannt. Familien ist häufig nicht hinreichend bekannt, welche Leistungen BuT umfasst und welche Unterstützungen sie erhalten. Auch der Antrag selbst sei häufig erklärungsbedürftig, eine Unterstützung der Familien im Antragverfahren wäre hilfreich. So sei etwa vielen Familien nicht bewusst, dass die Leistungen regelmäßig beantragt werden müssen und nicht automatisch verlängert werden.
- Zusätzliche Schwierigkeiten liegen in den **unterschiedlichen Zuständigkeiten bei Behörden und Ämtern**. Hier fehlt Familien häufig der Durchblick, welche Anträge wo gestellt werden können und müssen. Zudem besteht kein einheitliches Verfahren zur Antragstellung zwischen den Kommunen, sondern wird jeweils für die eigene Kommune gestaltet. Die bedeutet jedoch, dass Familien etwa nach einem Umzug in eine andere Kommune sich neu orientieren müssen.
- Es wird angemerkt, dass BuT zum Teil auch in der eigenen Behörde **nicht ausreichend bekannt** ist. Das schränkt die Möglichkeit ein, Familien innerhalb der Stellen weiterzuleiten. Diese Potenziale könnten stärker genutzt werden, sodass bei jedem Kundenkontakt auch BuT thematisiert werden könnte.
- In der Vergangenheit wurden Sozialarbeiter an Schulen gefördert, die konkret auch zu BuT beraten haben. Dies war ein guter Zugang zu den Familien, der aktuell allerdings nicht mehr unterstützt wird.
- Stärker genutzt werden könnten allerdings vorhandene **Zugänge über Schulen und Kitas**. Diese stehen bereits in regelmäßigem Kontakt mit den Eltern, Hinweise und Informationen zu BuT könnten auch über diese Kanäle gestreut werden.
- Für eine Verbesserung des Zuganges könnten zudem **Hinweise auf BuT in Bescheiden** deutlicher formuliert und besser sichtbar gemacht werden. Konkret könnte etwa im Bescheid zum Wohngeld ein auffälliger Hinweis platziert werden, dass Anspruch auf BuT bestehen kann.
- Es wird angeregt, in der Information von Familien den positiven Mehrwert von BuT stärker hervorzuheben. Die Leistungen sollten kein Stigma sein, sondern mit einer positiven Unterstützung verknüpft werden. Dazu könnte eine **landesweite Marketingstrategie für BuT** entwickelt werden. Das kann für einen Wiedererkennungswert sorgen sowie für eine niedrigschwellige Ansprache, insbesondere wenn die Informationen mit alltagsnaher, leicht verständlicher Sprache verbunden werden. Auch die Übersetzung in mehrere Sprachen ist wichtig. Bei der Entwicklung der Marketingstrategie sollten Familien eingebunden werden, um zu erfahren, was für sie wichtig ist und welche Bedarfe sie haben.
 - Als positives Beispiel für eine Marketingstrategie wird Hannover angeführt. Hier wurde eine BuT-Marke mit einem einheitlichen Maskottchen („BuT-Fuchs“) geschaffen, was einen hohen Wiedererkennungswert bietet.
- Die Zusammenarbeit mit **Multiplikatoren** bietet aus Sicht der Teilnehmenden noch ungenutzte Potenziale. Vorgeschlagen wird etwa eine stärkere Zusammenarbeit mit Vereinen und Sportvereinen. Vereinsleitungen könnten zunächst zu einer Informationsveranstaltung eingeladen werden, auf der BuT vorgestellt und dafür geworben wird, diese Leistungen bekannter zu machen. Gerade Sportvereine, die zum Teil Nachwuchsmangel haben, können dafür empfänglich sein, weil die Mitgliedschaftsbeiträge vom BuT getragen werden können. Außerdem seien Angebote für Sozialarbeiter zum BuT zielführend; Sozialarbeiter sollen Grundkenntnisse zum BuT haben und Familien auf BuT aufmerksam machen.
- Digitale Möglichkeiten könnten noch stärker im Bereich BuT zum Einsatz kommen. Angeregt wird etwa die **Entwicklung eines Chat-Bots**, der Familien bei der Antragstellung unterstützt. Dabei sollte es allerdings eine landesweite Lösung geben, statt kommunaler Einzelprojekte.
- Erforderlich für die Entwicklung und Weiterentwicklung der Ansprache von Familien ist aus Sicht der Teilnehmenden auch eine **veränderte Haltung in den Behörden**. Der Fokus sollte

stärker auf der Unterstützung und Beratung liegen, eine familiennahe Sprache ist wichtiger als eine Ausgestaltung der Paragraphen. Diese Haltung sollte auch über das Land in die Kommunen transportiert werden.

Ergebnisse der Gruppenarbeit: Kooperation

- Im Bereich der Kooperation und Vernetzung wurden verschiedene Ebenen und Themen identifiziert. Zum einen die Kooperation zwischen verschiedenen Ämtern oder auch den Jobcentern und Kommunen. Zum anderen die Kooperation mit Dritten und weiteren Akteuren. Eine besondere Rolle nehmen hierbei die Schulen ein, aber auch Kitas, Familienzentren und Freizeiteinrichtungen sind als Multiplikatoren relevant. Die Themen Datenaustausch und Datenschutz stellen für die Teilnehmende für die Kooperation der verschiedenen Stellen eine besondere Herausforderung dar.
- In der **Vernetzung der Ämter** untereinander werden in der Diskussion verschiedene Ebenen aufgeführt. Hier geht es zum einen um die Kooperation innerhalb der Kommune, etwa auch zwischen Jobcentern und Kommunen. Zum anderen aber auch um einen interkommunalen Austausch zwischen den Institutionen. Hier wird etwa angeregt, einen verpflichtenden Austausch auf Kreisebene anzustoßen, um alle Akteure an einen Tisch zu bringen. Vorgeschlagen wird außerdem die Einführung von übergreifenden festen Austauschformaten, durch das Land oder auch auf Bundesebene. Dazu könnte eine digitale Plattform bereitgestellt werden, die einen zentralen Anlaufpunkt bietet.
- Für eine gelingende Kooperation ist wichtig, dass die **jeweiligen Zuständigkeiten** mit den richtigen Ansprechpersonen und deren Erreichbarkeiten bekannt sind.
- Gefordert wird von einigen Teilnehmenden eine **stärkere Verschränkung der BuT-Thematik** an den verschiedenen Stellen. So wird angeregt, dass die Familienkasse und Wohngeldstelle verpflichtend auch auf BuT hinweisen. Dies könnte in Beratungsgesprächen der Fall sein, aber auch in Wohngeld- und KiZ-Bescheiden könnte jeweils ein Hinweis auf BuT erfolgen, um die Anspruchsberechtigten direkt zu erreichen.
- Gerade im Austausch mit anderen Ämtern spielt die Frage einer möglichen **Datenweitergabe** eine große Rolle. Aus Datenschutzgründen erfolgt aktuelle keine Weitergabe seitens der Familienkasse bzw. Wohngeldstelle, welche Familien die Leistungen empfangen und dadurch Anspruch auf BuT haben können. Hier fehlt etwa auch eine Schnittstelle zu den Jobcentern. Dazu wird angeregt, den Datenaustausch im Rahmen des Hinwirkungsgebots zu lockern.
- Als herausfordernd wird zudem erachtet, dass auch innerhalb von Kommunen eine Vielfalt an unterschiedlichen Datenschutzerklärungen gibt. Es fehlt an Einheitlichkeit.
- Nicht nur beim Datenschutz, auch beim Austausch der verschiedenen Stellen bietet die **Digitalisierung** noch ungenutzte Potenziale. Eine funktionierende e-Akte könnte den Austausch vereinfachen. Zudem sollten Anträge sowohl analog als auch digital ausgefüllt werden können.
- Für eine gute Zusammenarbeit der Institutionen wird außerdem angeregt, **vorhandene Netzwerke zu nutzen und zu stärken**. Als Beispiel werden etwa die Netzwerke „Frühe Hilfen“ genannt. Verschiedene Akteure sind häufig schon innerhalb der Kommune vernetzt, hier kann auch das Thema BuT gezielter eingebracht werden. Diese erfordert allerdings auch eine gewisse Bereitschaft der Kommune und die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für die Netzwerkarbeit.
- Auch in der Kooperation mit Dritten kann auf den vorhandenen Netzwerken aufgebaut werden. Hier geht es auch um die Beziehungsarbeit und die Arbeit im Quartier bzw. Sozialraum.
- Für die Kooperation mit Anbietern könnten noch stärker die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden, etwa durch einen **digitalen Zugang für Anbieter**.
- Für zertifizierte Anbieter könnte es in den Kommunen einen Katalog geben, in dem die entsprechenden Anbieter einsichtig sind.
- Die **familiennahen Einrichtungen** wie Schulen spielen eine besondere Rolle für den Zugang zu Familien. Schulen könnten hier noch stärker angeregt werden, auch aktiv Informationen zu BuT an die Eltern weiterzugeben. Es ist auch zu überlegen, inwieweit die Antragstellung in der Zusammenarbeit mit Schulen und Kitas vereinfacht werden kann, etwa über eine

pauschalisierte Auszahlung für die Mittagsverpflegung. Dies könnte die Abwicklung in den Schulen und Kitas vereinfachen und dadurch auch das dortige Personal entlasten.